

Zur Bedeutung von "Amtsblatt- und Handbuchdaten" für die empirisch-quantifizierende Forschung

Sühl, Klaus; Weißels, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sühl, K., & Weißels, B. (1982). Zur Bedeutung von "Amtsblatt- und Handbuchdaten" für die empirisch-quantifizierende Forschung. *Historical Social Research*, 7(4), 79-96. <https://doi.org/10.12759/hsr.7.1982.4.79-96>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

ZUR BEDEUTUNG VON "AMTSBLATT- UND HANDBUCHDATEN"

FÜR DIE EMPIRISCH-QUANTIFIZIERENDE FORSCHUNG

Klaus Sühl, Bernhard Weßels⁺

This article intends to draw the attention to two data bases which are available to quantitative historical social research. Based on precious research at the Freie Universität Berlin the possibilities for the analysis of Amtsblatt- and Handbuchdaten (official gazettes and directories) are shown. The results of the analyses of the data in the "Amtsblatt" of the SPD- and KPD/SED-candidates and representatives for the elections in Berlin in 1929, 1933, and 1946 are presented in an illustrative way. Furthermore, the prospects of analysing the same data using a network analytical approach are briefly described.

Die sozialwissenschaftliche Forschung im Bereich der Parteien, Verbände und Parlamente, insbesondere mit historischer oder zeitgeschichtlicher Orientierung hat trotz zunehmender Anstrengungen in den letzten Jahren bei weitem nicht alle sich bietenden Möglichkeiten der empirisch quantifizierenden Forschung genutzt.

Wir wollen hier auf Daten aufmerksam machen, deren Bedeutung vor allem von Historikern bisher nicht die Beachtung gefunden hat, die sie, wie wir weiter unten an dem konkreten Beispiel der Auswertung von Amtsblattdaten von Kandidaten und Abgeordneten von SPD und KPD/SED für die Kommunalwahlen in Berlin zeigen werden, zweifelsfrei hat.

Die sozialwissenschaftliche Forschung über Parteien und Verbände stellt vor allem, wenn sie den zeitgeschichtlichen Kontext mit einbezieht, Fragen nach dem Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung und der Struktur der politischen Kader, Führungen oder Eliten. (1) Dies reicht vom allgemeinen Verhältnis von Transformationsprozessen innerhalb der mit autoritativen Durchsetzungsressourcen ausgestatteten politischen Führungen zur ökonomisch-sozialen Entwicklung auf der Nationenebene (2) bis zu konkreten Führungsproblemen der sozialistischen Arbeiterbewegung in bestimmten historischen Phasen. (3) Es wird versucht, Systematiken in der Zirkulation von Führungsgruppen in der kooperativen wie in der historisch nationenbezogenen Perspektive aufzuspüren (4); Fragen der Selektion politischer Führungen und Kader, sowie Rekrutierungsprozesse werden ebenso untersucht (5) wie Fragen der Repräsentativität politischer Eliten (6) und ihrer machstrukturellen Einbindung in Gesellschaften. (7)

Allerdings, und dies trifft insbesondere für Deutschland zu, ist der Großteil der Forschung nicht empirisch quantifizierend angelegt. (8) Hier soll zuerst auf prinzipiell verfügbare Daten und die durch sie

⁺ Address all communications to: Klaus Sühl, Bernhard Weßels, Freie Universität Berlin, ZI 6, Babelsberger Straße 14-16, 1000 Berlin 31

abdeckbaren allgemeinen Analysedimensionen hingewiesen werden, um dann anhand einer konkreten Auswertung die inhaltliche Fruchtbarkeit der Bearbeitung und Verarbeitung quantifizierbaren Materials zu verdeutlichen.

I. AMTSBLATTDATEN

Alle Jahre wieder, und das seit Jahrzehnten, liefern die amtlichen Veröffentlichungen auf kommunaler und nationaler Ebene in Deutschland vor und nach jeder Wahl eine Flut von Informationen, die nach entsprechender Aufbereitung für die Forschung fruchtbar gemacht werden können. Gemeint sind die Bekanntmachungen der Kandidatenlisten zu Wahlen für Gemeinden, Länder und den Bund, der Gewählten für die jeweiligen Parlamente und die Handbücher für Abgeordnete auf Landes- und Bundesebene. Diese Individualdaten, die in den Amtsblättern, Staatsanzeigern, Ministerialblättern usw. für die Kandidaten und die Gewählten abgedruckt werden, diese Amtsblattdaten mögen auf den ersten Blick recht dürftig erscheinen und der Mühe nicht wert sein, sich mit ihnen zu befassen. Beschränkt auf die querschnittsanalytische Dimension mag dies ein verständlicher Eindruck sein. Bedenkt man aber, daß diese Informationen über lange Zeiträume hinweg verfügbar sind und zu Daten umgearbeitet die Längsschnittuntersuchung und echte Zeitreihenanalysen ermöglichen, so wird ihr wahrer Wert deutlich. Die große Chance für die Forschung besteht in der Möglichkeit der Untersuchung von Strukturveränderungen und Prozessen auf der Ebene der politischen Führungsgruppen mit Hilfe dieser amtlichen Veröffentlichungen.

Im Prinzip stehen sowohl auf kommunaler als auch auf Länder- oder Bundesebene, Vorwahl- und Nachwahldaten zur Verfügung. Die Amtsblattdaten umfassen, und darin besteht allgemeine Übereinstimmung für alle Bundesländer, folgende Informationen über die Kandidaten:

- Partei oder Liste,
- Listenplatz,
- gewählt oder nicht gewählt,
- Geburtsdatum und Geburtsort,
- Geschlecht,
- Beruf (ausgeübter und/oder erlernter),
- Wohnort.

Die Verfügbarkeit gilt für alle Landtagswahlen und hier für die Listenbewerber bzw. Wahlkreisbewerber (Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg) Wahlvorschläge (Bremen), Landeswahlvorschläge (Hessen, Niedersachsen, Saarland), Landeslisten (Schleswig-Holstein), Landesreservelisten (Nordrhein-Westfalen), Bezirkslisten (Berlin); das sind Termini, die sich zwar unterscheiden, die aber, soweit Übereinstimmung hinsichtlich der Wahlmodi besteht, das gleiche beinhalten. (9) Diese Informationen sind teilweise ausführlicher, teilweise weniger ausführlich. Am wenigsten Bedeutung dürfte hierbei die Ergänzung der Wohnortangabe um Straße und Hausnummer haben, am meisten Bedeutung die Angabe des erlernten Berufes, die allerdings nur in Berlin vorliegt. Ebenfalls ist aus den Veröffentlichungen des Saarlandes und in Rheinland-Pfalz keine Untersuchung der geographischen Herkunft der Kandidaten oder Gewählten möglich, da eine Geburtsortangabe nicht mit aufgenommen wurde. In Baden-Württemberg fehlt eine Angabe des Geburtsdatums.

Die Veröffentlichungen über Gewählte sind zudem häufig nicht so ausführlich und beschränken sich teils auf die Namens- und Vornamensangabe, wodurch sich zwangsläufig die Notwendigkeit ergibt, die individuellen Informationen aus den Kandidatenvorschlägen zu gewinnen und sie dann in einem zweiten Durchgang um die Informationen gewählt/nicht gewählt zu ergänzen.

Diese Materialbasis, beschränkt auf Kandidaten und Gewählte für die Parlamente, scheint nur recht eingeschränkten Fragestellungen der Elitensoziologie gerecht werden zu können, aber in den historischen Kontext eingebettet, bietet sie weit mehr, kann sie relevante Ergebnisse zum Verhältnis von Politik und Gesellschaft liefern. Der historisch-empirisch forschende Sozialwissenschaftler ist allerdings in aller Regel auf den Positionsansatz verwiesen(10); die Beobachtung historischer Prozesse gebunden an Personen, die diese Geschichte auch mitgestalten, ist aus Quellenmangel meistens nicht anders zu bewerkstelligen. Der Sozialwissenschaftler und insbesondere der historisch orientierte wird immer auf wenige verfügbare 'Indikatoren' verwiesen sein, weshalb die Ausschöpfung existierender Materials im vollen Umfang um so notwendiger ist. Zwar wird in der Bundesrepublik mit Amtsblättern und Handbüchern schon seit längerem gearbeitet, hier aber besonders auf dem Gebiet des nationalen Parlaments, des Reichstages und des Bundestages.(11) In diesem Bereich sind u.a. auch Anstrengungen unternommen worden, Datenbanken aufzubauen. Für den Deutschen Bundestag wird an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz eine Abgeordnetenbank von Heino Kaack, Klaus G. Troitsch und der Forschungsgruppe Parteiendemokratie am Rechenzentrum der Hochschule eingerichtet, und zunächst an der Universität Bremen, dann an der TU Berlin, wird eine "Datenbank Arbeitergeschichte/Arbeiterbewegungsgeschichte" (DABAG) vorbereitet.(12) Aber im Bereich der kommunalen Parlamente stehen solche Anstrengungen unseres Wissens mit Ausnahme Berlins(13) noch aus. Gerade hier jedoch, bei kleinen räumlichen Einheiten, wie z.B. Gemeinden, liegen Strukturveränderungen in den politischen Führungen und ökonomische, politische und soziale Entwicklungen dichter beieinander als auf der Nationenebene. So weist z.B. Putnam daraufhin, daß gesellschaftliche Veränderungsprozesse zunächst Strukturveränderungen in der Elite auf unteren Führungsebenen hervorrufen und erst verzögert auf höheren Ebenen.(14) Zudem lassen sich auf der kommunalen Ebene Fragestellungen an die konkrete historische Entwicklung durch die Möglichkeit der Einbettung in einen (überschaubaren) konkreten Kontext eher beantworten.

An die Amtsblattdaten können allgemeine Fragestellungen nach der sozialen Struktur der Parlamente (gewählte Kandidaten) einerseits und der nicht gewählten Kandidaten andererseits gestellt werden, Fragen nach der Rekrutierung also, wie auch nach der personellen und sozialen Zirkulation und, damit im Zusammenhang, Fragen nach der Repräsentativität der Kandidatenschaften und Gewählten. Dies kann mit unterschiedlicher begrifflicher Füllung geschehen, durch Fragen nach proportionaler, symbolischer oder funktionaler Repräsentation.(15) Jeweils in den historischen Kontext eingebettet, können die Ergebnisse zu einem gut abgesicherten Verständnis des Verhältnisses von gesellschaftlicher Entwicklung und der durch die Parteien entworfenen Politik führen.

Die Selektion der Kandidaten durch die Parteien auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Stellung kann Auskunft darüber geben, ob Kandidatenschaften eher im Sinne von Funktionalität bestimmter Qualifikationen für die Politik ausgewählt werden, welche Rolle den politischen Erfahrungen für die Auswahl zugebilligt wird, ob Qualifikationen z.B. im gouvernementalen Bereich denen im politischen Bereich (Arbeiterbeamte) vorgezogen werden. Sie lassen erkennen, inwieweit, insbesondere bei Arbeiterparteien eine aufgeladene Frage, die soziale Struktur der Kandidaten denen der Parteimitglieder oder Wählerschaften entspricht. Der Listenplatz kann über die grobe Unterscheidung Gewählte/Nicht-Gewählte hinaus zu einem Indikator für den Rang und die Wichtigkeit innerhalb der Partei operationalisiert werden. Hiermit lassen sich Unterschiede in der sozialen Struktur zwischen 'sicheren' und 'unsicheren' Kandidaten z.B. dahingehend deuten, inwieweit von den Parteien sowohl symbolische als auch instrumentelle Strategien zur Nominierung der Kandidaten eine Rolle spielen, ob die 'unsicheren' Kandidaten in ihrer Struktur eher Parteimitgliedern und Wählern entsprechen und Gewählte eher nach funktionalen Gesichtspunkten auf die sicheren Listenplätze gesetzt werden. Die zeitliche Perspektive und Verfügbarkeit ermöglicht, die personelle Kontinuität bzw. Brüche in den personellen und sozialen Rekrutierungsmustern als Widerspiegelungen gesellschaftlicher Entwicklungen zu begreifen und liefert wiederum einen weiteren Indikator für die politische Wichtigkeit bestimmter Personengruppen(16), die in ihrer Struktur betrachtet, vorsichtige Aussagen über Machtstrukturelle Aspekte ermöglicht. Der Wandel der sozialen Schichtung, die auch die Altersschichtung mitbeinhaltet, kann Auskünfte über die Flexibilität der Parteien in der Reaktion auf den demographischen Wandel in der Bevölkerung ebenso geben, wie über das Reaktionsvermögen auf Veränderungen in den politischen Konstellationen in der Gesellschaft.

Auch die Frage der örtlichen Herkunft wie des Wohnortes kann ein wichtiger Indikator für Millieunähe und andere Dimensionen sein. Was hier so kurz als Gehalt der Amtsblattdaten angerissen wurde, geht natürlich nicht über eine allgemeine und dürftige Darstellung der möglichen 'Approaches' hinaus.(17) Es sollte hiermit nur versucht werden, die generelle Fruchtbarkeit der Amtsblattdatenanalyse aufzuzeigen. Dabei gilt: Je konkreter und historisch gebundener die Fragestellungen sind, um so ergiebiger ist die Analyse.

II. HANDBUCHDATEN

Die Auswertung von Abgeordneten-Handbüchern bietet deutlich mehr Informationen auf der Individualebene als die Amtsblätter. Allerdings grenzen sie den Kreis der zu untersuchenden Personen auch erheblich ein. Sie sind verfügbar für den Bundestag und alle Landtage bzw. Bürgerschaften und für das Abgeordnetenhaus von Berlin, jedoch nicht auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus werden auch hier nur Gewählte erfaßt, nicht aber Kandidaten. Dieser Reduktion des Personenkreises steht andererseits die Fülle der zu erhaltenen Informationen positiv gegenüber. Für den Reichstag und den Bundestag sind bereits Datenaufnahmen und der Aufbau von Dateien erfolgt bzw. geplant. Auf der Länderbene jedoch stehen quantifizierende Analysen dieses Materials noch weitgehend aus. Ausnahmen sind Arbeiten von Rolf-Peter

Lange, der die Strukturwandlungen in den westdeutschen Landesregierungen von 1946 bis 1973 mit Hilfe von Parlaments-Handbüchern, öffentlich zugänglichen biographischen Nachschlagewerken und einer Fülle anderer Quellen untersucht hat(18), sowie des "Berlin-Projekts", in dem über die vom Magistrat von Groß-Berlin veröffentlichten Kurzbiographien der Stadtverordneten von 1945 bis 1948 hinaus Fragebögen des Magistrats und selbstverfaßte Lebensläufe von Magistratsmitgliedern bzw. Bezirksbürgermeistern und Stadträten sowie Amtsblattdaten zu einer Datei zusammengefaßt worden sind.(19) Aber auch ohne solche ergänzende Quellenarbeit ist die alleinige Verwendung von Handbuchdaten, die in den meisten Ländern von der 1. Wahlperiode nach dem Kriege an verfügbar sind, ein durch seine Reichhaltigkeit an biographischem Material durchaus die quantifizierende Analyse lohnendes Objekt. Die in den Handbüchern vorliegenden Informationen reichen von Geburtsjahr und -ort über Schulbesuche, Studien, Ausbildungsphasen, berufliche Werdegänge, Eintrittsdatum in das Parlament bis zu Parteiämtern und -funktionen, Verbands- und Vereinsmitgliedschaften und Konfessionszugehörigkeiten(20). Sie bieten damit reichhaltiges Material zu Fragen, die schon im Zusammenhang mit den Amtsblattdaten genannt wurden und darüber hinaus Prozeßdaten auf der individuellen Ebene, die sich z.B. für Strukturuntersuchungen politischer Karrieren ebenso anbieten wie für Fragestellungen der Integration der politischen Führungen auf der Parlamentsebene.

Diese vielfältigen Informationen enthalten zwei grundsätzlich voneinander zu trennende Arten von Daten: statische und dynamische.(21) Einerseits liegen einmalige und unveränderliche Informationen, wie Geburtsjahr und -ort, Schule, Studien und Ausbildungsphase, erstes Datum der Mandatsinhabung usw. vor, andererseits Informationen, die im historischen Prozeß veränderlich waren und/oder noch sind: Berufskarrieren, Parteiwerdegänge, Verbandszugehörigkeiten, parlamentarische Karriere usw.(22) Im Gegensatz zur Amtsblattdaten-Analyse ist mit diesem umfangreichen Material eine weitaus größere Möglichkeit gegeben, die tatsächliche soziale Herkunft der politischen Führer und Kader zu bestimmen. Während grundsätzlich die Berufsangaben sowohl in Amtsblättern wie in Handbüchern in einem, wenn auch als gering zu bezeichnenden aber nicht kontrollierbaren Maße auch funktionalen Charakter tragen können und darüber hinaus der Zeitpunkt, zu dem der Beruf ausgeübt wurde insbesondere bei Mandatsträgern teilweise unbekannt ist, läßt sich bei den Handbüchern im Gegensatz zu den Amtsblättern durch die ergänzende Einbeziehung weiterer Merkmale wie Schulbildung und erlernter Beruf die Aussage über die soziale Herkunft präzisieren.(23) Diese Dimension ist u.E. von enormer Wichtigkeit für Hinweise auf den Charakter von Parteien.(24) Erst auf dieser Basis lassen sich unterschiedliche Mobilitätsvorgänge und -grade zwischen den Parteien und ihrem Personal sinnvoll interpretieren.

Die Verlaufsdaten auf individueller Ebene ermöglichen so, Problemkreise wie Elite - Klasse - Status - sozialer Konflikt - sozialer Wandel u.a.m. in ihrem Ineinandergreifen zu bearbeiten, und erst in diesem Verständnis der politischen Führungen als ein Element unter anderen werden Fragestellungen an Amtsblatt- und Handbuchdaten sinnvoll.(25) So kann die soziale Herkunft in Verbindung mit der individuellen Mobilität, insbesondere wenn sie innerhalb einer Partei deutlich ähnliche Muster bei den Kadern aufweist, nicht nur als Evi-

denz für individuelle Strebsamkeit, sondern als eine kollektive Eigenschaft bewertet werden. Eingebettet in den historischen Kontext bieten diese Informationen Erkenntnisse über Selbstverständnis und Reaktion von politischen Parteien und Bewegungen auf gesellschaftliche Entwicklungen.(26) Gleichzeitig können die aus den Handbüchern gewonnenen Informationen über Bereiche der Professionalisierung von Mandatsträgern Aufschluß geben über gemeinschaftliche Verankerungen und professionelle Orientierungen. Die Verfügbarkeit der Daten über Zeit ermöglicht, den Wandel in Professionalisierungsmustern und anderen Transformationsprozessen ebenso nachzugehen, wie Zirkulationen in personeller und sozialer Hinsicht. Versteht man das Problem der politischen Führungen, wie das Eliteproblem insgesamt, als einen nicht regellosen und zufälligen Prozeß der Verteilung gesellschaftlicher Macht an Personen und Gruppen, sondern als einen durch die immanenten Notwendigkeiten der Sozialstruktur bestimmten(27), kann eine Analyse derartigen Materials die Mechanismen und Entwicklungen in der Gesellschaft in bezug auf politische Machtverteilungsprinzipien mit erhellen. Politische Führungen sind dann Indikatoren der sozialen Struktur der Gesellschaft.(28)

Handbuchdaten bieten über die Organisierung im Sinne statischer und dynamischer Informationen hinaus die Möglichkeit, sie im Sinne soziometrischer Zusammenhänge zu analysieren, wobei nicht sozialpsychologische Komponenten im Zielpunkt, sondern Strukturinformationen und -analysen als Dimension anvisiert werden.

Handbücher enthalten, wie schon gesagt, Informationen über Organisationszugehörigkeiten, aber auch über -funktionen. Es können personelle Überschneidungen im Bereich der Organisations-, Institutions-, Verbands- und Vereinsmitgliedschaften sowie Funktionsbereichen in den Parlamenten identifiziert werden. So lassen sich gemeinsame Positionen und Funktionen auf den verschiedensten Ebenen der Organisationen, von der untersten bis zum Landesvorstand, Aufsichtsrat o.ä. ausmachen, woraus das Geflecht personeller Beziehungen (Netzwerk) (29) von Parteien in den Landtagen im positionalen Sinne erkennbar wird. Über die reine Positionsanalyse hinaus bieten Handbuchdaten also die Möglichkeit, Beziehungen von Positionen zueinander zum Untersuchungsgegenstand zu machen. Im Gegensatz zur Umfrageforschung werden Relationen und Relationsstrukturen zum Gegenstand der Analyse, Toupel also (mindestens Paare) und nicht Individuen.

Im Falle von Handbuchdaten handelt es sich um die Untersuchung eines ganz spezifischen "Netzwerkes" von ganz bestimmten Beziehungen aus dem Universum der möglichen, um institutionalisierte Kontaktstrukturen, gegeben durch von Abgeordneten übernommene institutionalisierte Rollen. Zwei Personen gelten in diesem Falle als miteinander verbunden (stehen in Beziehung), wenn sie als Mitglieder eines engeren Zusammenhangs (Gremium, Ausschuß, Aufsichtsrat, Senat, Parteivorstand, Leitungsgremium jeglicher Organisationen) notwendigerweise zusammentreffen. Dies ist eine Einschränkung; man könnte bei entsprechender theoretischer Begründung auch dann eine Verbindung zwischen zwei Personen als Beziehung gelten lassen, wenn bei diesen Personen nur eine gemeinsame Mitgliedschaft in einer Organisation vorliegt, ohne daß durch den institutionellen Rahmen das Zusammentreffen der Personen notwendigerweise eintreten muß (z.B. bei Mitgliedschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund).(30)

Wie auch immer die Beziehung operationalisiert wird, nur sie findet bei dem vorgestellten Analysekonzept Eingang in die Untersuchung. Es handelt sich je nach den theoretischen Prämissen, die für das zu untersuchende Netzwerk gesetzt werden, um ein Konzept, das von dem der "Overlapping Membership" bis zum Konzept der "Corporate Actors" reicht. Die so gewonnene Struktur institutionalisierter Beziehungen, kann je nach Erkenntnisinteresse durch Ergänzung mit weiteren Informationen über Personen oder Aggregate von Personen qualifiziert werden.

Im Falle der laufenden Untersuchung über das Abgeordnetenhaus von Berlin(31) werden die in den Handbüchern enthaltenen Informationen über Funktionen und Positionen von Abgeordneten innerhalb und außerhalb des Abgeordnetenhauses im Sinne des skizzierten Ansatzes analysiert. Dazu werden drei Aggregate gebildet. Die Personen der ersten Aggregationsstufe (Verbands- und Organisationsvertreter, Parteivorstände/Fraktionsführungen, "Nur-Abgeordnete") werden auf der zweiten Stufe entsprechend ihrer Funktion sachlichen Bereichen zugeordnet (Wirtschaft, Soziales, Kultur, Recht). Die dritte Stufe unterscheidet die Personen innerhalb der sachlichen Bereiche nach ihrem speziellen Tätigkeitsfeld (z.B. Gewerkschaftsvorstand, Arbeitgeberverbandsvertreter). Zwischen den Aggregaten gilt eine Beziehung als vorhanden, wenn von Personen aus verschiedenen Aggregaten gemeinschaftliche Leitungsfunktionen übernommen werden, innerhalb von Aggregaten dann, wenn Personen aus diesen gemeinschaftlich in einem Leitungsgremium tätig sind. Mit Hilfe der "Dichte" eines hieraus resultierenden Geflechts institutionalisierter personeller Beziehungen läßt sich die Verankerung verschiedener Fraktionen, verschiedener Politikbereiche und Interessen in Parlamenten bestimmen.(32) In diesem Zusammenhang wird die soziale Struktur, verstanden als anhaltendes Muster sozialer Beziehungen zwischen sozialen Positionen der Parlamente bestimmbar; Ebenen und Prinzipien der Organisation mehrerer inhaltlich zu unterscheidender Strukturen können aufgedeckt werden.(33) Die typischen Muster von bestehenden Strukturen können, wenn sie verschiedene Sektoren gesellschaftlicher Aufgaben abdecken, Aufschluß geben über Interessenprofil der Parteien und Fraktionen an bestimmten Problembereichen.

Damit ergeben sich aus den Handbüchern mit dieser Methode zwei Ebenen von Informationen. Am ehesten wird mit dieser Untersuchungstechnik die Frage der Elitenintegration und damit zusammenhängend die Frage der Machtstruktur beantwortet werden können.(34) Als weitere Analysedimension ergibt sich die Verankerung der Mandatsträger in intermediären Organisationen zwischen Bevölkerung und politischen Repräsentanten. So wird die Relevanz bestimmter Organisationen, gemessen an der personellen und strukturellen Verankerung in den Parlamenten, festgestellt werden können, für die sich vermuten läßt, daß sie als Linkage-Organisationen dienen.(35) Von hieraus zu einem Konzept der Elitesubkultur zu gelangen, wäre eine weitere Analysedimension.(36)

Mit der Eröffnung der Zeitperspektive des Problems der sozialen Positionsvernetzung der Parlamentarier lassen sich dann auch Wandlungen in der strukturellen Verankerung von Organisationen, die als intermediäre Organisationen dienen, nachzeichnen, die wiederum gestützt auf Daten über gesellschaftlichen Wandel Aufschluß über Funk-

tionsweisen parlamentarischer Demokratie im Sinne gesellschaftlicher Interessengebundenheit geben können.

Im folgenden knüpfen wir an der oben gegebenen knappen Darstellung möglicher Fragestellungen, Analysedimensionen und -designs an, die bei der Auswertung der in den Amtsblättern enthaltenen Informationen über Kandidaten und Abgeordnete der Landtage denkbar sind und stellen eine Analyse vor, die sich der Information der Amtsblätter über alle Kandidaten und Abgeordnete der KPD bzw. SED und der SPD der Berliner Kommunalwahlen 1929, 1933 und 1946 bedient.

III. SPD UND SED IN BERLIN 1946 IM SPIEGEL DER AMTSBLATTDATEN

Obwohl quantifizierende Methoden in den siebziger Jahren zunehmend auch in Deutschland Einzug in die Geschichtswissenschaft gehalten haben(37), kann man bis heute nicht davon sprechen, daß sie sich dort bereits einen festen Stamplatz gesichert hätten. So muß denn auch Karl Rohe in einem Überblick zur historischen Wahlforschung(38) feststellen, daß in anderen Bereichen der Geschichtswissenschaft "erheblich mehr Energie und kreative Phantasie investiert worden ist".(39) Nicht zuletzt daraus erklärt sich wohl auch, daß die Auswertung von Amtsblattdaten, insbesondere von Kandidaten und gewählten Abgeordneten für Landes-, Stadt- und Bezirksparlamente bisher von Historikern wenig Beachtung gefunden hat. Welche Bedeutung diese Daten haben können, wollen wir an einer Studie illustrieren, die im Rahmen des "Berlin-Projekts" an der Freien Universität Berlin angefertigt wurde(40) und die einen kleinen Beitrag zur Erklärung der organisatorischen und politischen Entwicklung von SPD und KPD/SED in den Jahren 1945 und 1946 leisten soll.(41)

Im "Berlin-Projekt" ist eine Datei erstellt worden, die alle Kandidaten der KPD bzw. SED und der SPD für die Berliner Kommunalwahlen im November 1929, März 1933 und Oktober 1946 umfaßt.(42) Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, die konkrete historische Situation in Berlin und in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren mit einzubeziehen, was erst eine umfassende analytische Einbettung und Einordnung der Ergebnisse der Auswertungen der Datei erlaubt. Wir beschränken uns hier deshalb auf die Präsentation von Einzelergebnissen und versuchen anzudeuten, welche Analysedimensionen hinsichtlich des Charakters und der Entwicklung von KPD/SED und SPD sich mit Hilfe der Amtsblatt-Datei behandeln lassen.

Wir richten unsere Aufmerksamkeit zuerst auf die 260 Kandidaten für die Oktoberwahlen 1946, die bereits 1929 und/oder 1933 für die SPD oder KPD kandidierten und die immerhin 13% aller 1991 Kandidaten der SPD und SED 1946 ausmachten. Während die Anzahl dieser "Altkandidaten" nur begrenzte Aussagen zur Frage der Kontinuität in den beiden Arbeiterparteien zuläßt(43), wobei einschränkend noch zu beachten ist, daß hier nur die "Altkandidaten" auftauchen, die vor 1933 bei den Kommunalwahlen in Groß-Berlin kandidierten, erbringen nähere Analysen der Datei interessante Ergebnisse, die bei Einordnung in den historischen Kontext äußerst aufschlußreich sind.

Von den 260 "Altkandidaten" sind 167 ehemalige Kandidaten der SPD und 93 ehemalige Kandidaten der KPD. Von den 167 Sozialdemokraten

kandidierten im Oktober 1946 aber nur noch 92 (55%) für die SPD, die übrigen 75 hingegen für die neugegründete, gerade ein halbes Jahr alte SED. Von den 95 ehemaligen KPD-Kandidaten tauchen 91 auf den Listen der SED auf und nur 2 (2,1%) finden sich auf den Listen der SPD.

Bei aller Vorsicht, mit der man diese Zahlen interpretieren muß, sei festgestellt, daß relativ viele ehemalige Kandidaten der SPD im Oktober 1946 für die neue Einheitspartei kandidierten. Dies gilt sowohl auf dem Hintergrund der politischen Entwicklung zwischen Frühjahr und Herbst dieses Jahres in Berlin, als auch insbesondere unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses vom 20. Oktober, denn von den abgegebenen gültigen Stimmen bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielt die SPD 48,7%, die SED jedoch nur 19,8%. Die Zahlen deuten an, daß es in Berlin vielen sozialdemokratischen Funktionären, und um solche handelt es sich ja bei den hier behandelten SED-Kandidaten, im Gegensatz zu vielen "einfachen" Mitgliedern trotz aller Skepsis schwer fiel, der SED nicht beizutreten. (44) Die Funktionäre hatten anders als die Mitglieder insbesondere im Frühjahr 1946 auf dem Höhepunkt der Vereinigungskampagne zur Gründung der SED nicht die Möglichkeit, sich durch Abwarten oder durch Sich-Zurückziehen in die Passivität, einer eindeutigen Entscheidung vorerst zu entziehen, sondern sahen sich durch die Mitglieder, durch ihre Parteiführung und durch die Kommunisten gedrängt, sich zu entscheiden, noch dazu, wo sie, wie die "Altkandidaten", als die Erfahrenen und Richtungsweisenden galten.

Sehen wir anhand der Listenplätze und der gewählten Abgeordneten, welche Bedeutung die Parteien den "Altkandidaten" zumaßen.

Tabelle 1: Chancen der "Altkandidaten" von SPD und KPD 1946 gewählt zu werden (45)

	Gewählt	Nicht gewählt:			N
		dabei			
	%	theoretisch wählbar %	aussichtslos plaziert %		
1929					
und/oder					
1933					
1946					
SPD - SPD	67	27	6	92	
SPD - SED	37	17	45	75	
KPD - SED	25	25	50	91	
KPD - SPD	50	50	0	2	
				258	

Offensichtlich erfreuten sich die "Altkandidaten" der SPD, von denen zwei Drittel im Oktober 1946 in die Berliner Stadt- und Bezirksparlamente als Abgeordnete gewählt wurden, in ihrer Partei einer beträchtlichen Wertschätzung; sie wurden zudem nur ganz selten auf aussichtslose Listenplätze gesetzt. Die Behandlung der "Altkandidaten" der KPD durch die SED zeigt dagegen ein ganz anderes Bild. Nur ein Viertel der Altkommunisten wurde für die SED gewählt und selbst wenn man die "theoretisch wählbaren" "Altkandidaten" mit einbe-

zieht, zeigt sich, daß diese soweit sie aus der KPD zur SED gekommen waren, sich dort einer beträchtlich geringeren Würdigung erfreuten als die "Altkandidaten" der SPD in ihrer Partei.

Relativ viele ehemalige Kandidaten der KPD von vor 1933 fanden sich 1946 sogar auf aussichtslosen Listenplätzen der SED wieder. Dies galt auch für fast die Hälfte aller ehemaligen SPD-Kandidaten auf den SED-Listen; auffällig ist jedoch, daß die "Altkandidaten" der SPD in der SED im allgemeinen besser herausgestellt und auf den Listen besser plazierte wurden als die "Altkandidaten" der KPD. Hier wären Vergleichszahlen zumindest für andere Großstädte im sowjetischen Besatzungsgebiet hilfreich, um ermessen zu können, ob dort alten Sozialdemokraten von der SED die gleichen Chancen bei den Wahlen von 1946 eingeräumt wurden wie in Berlin, oder ob Berlin mit seiner besonderen Situation der Konkurrenz von SPD und SED die Einheitspartei veranlaßte, durch ein Herausstellen der alten Sozialdemokraten zu versuchen, die Sozialdemokraten anzusprechen und zu demonstrieren, daß sich in der SED die sozialdemokratische Tradition fortsetze.

Die These, daß die SED ehemalige Kandidaten der SPD gerade dafür einsetzte, um den sozialdemokratischen Mitglieder Massen, die nicht Mitglieder der SED geworden waren und den potentiellen sozialdemokratischen Wählern zu demonstrieren, daß die SED auch einen sozialdemokratischen Charakter hätte, wird erhärtet, wenn wir die Chancen der "Altkandidaten", 1946 aufgestellt und auch gewählt zu werden, danach untersuchen, ob sie vor 1933 nur Kandidaten oder auch Abgeordnete waren, d.h. wenn wir dies zum Gradmesser ihrer Bekanntheit machen. Dann zeigt sich, daß die Abgeordneten der SPD von vor 1933 im Gegensatz zu den Nur-Kandidaten von der SED 1946 besonders herausgestellt wurden, also besonders gute Listenplätze erhielten. Daß hier eine spezifische Haltung vorliegt, wird auch dadurch bestätigt, daß die SPD 1946 diese Unterscheidung bei der Platzierung ihrer ehemaligen Abgeordneten und ihrer ehemaligen Nur-Kandidaten nicht machte.

Wir wollen uns abschließend der Sozialstruktur der Kandidaten der SED und SPD zuwenden und sie mit der der KPD- und SPD-Kandidaten von vor 1933 vergleichen.

Tabelle 2: Amtsblätterangaben über die Berufsstellung von Kandidaten der KPD/SED und SPD über die Kommunalwahlen von März 1933 und Oktober 1946 in Berlin

	KPD/SED		SPD	
	Kandidaten 1933	1946	Kandidaten 1933	1946
<u>Berufsangaben:</u>				
a) nicht berufstätig	7	8	10	9
b-d) Arbeiter	77=	28=	38=	27=
b) un-, angelernter Arbeiter	18	7	4	5
c) Angabe: "Arbeiter"	14	2	4	1
d) Facharbeiter	45	19	30	21
e-h) mittelständisch	16=	52=	47=	57=
e) Grenzfälle: Arbeiter/ Angestellter	2	5	4	8
f) Angestellter	10	32	38	41
g) unklar ob Angestell- ter oder selbständig	2	3	3	2
h) selbständig und frei- berufstätig	2	2	2	6
i) polit. Amtsträger, Partei- und Verbandsfunktionäre und -angestellte	0	12	5	7
	100 %	100 %	100 %	100 %
N = 100 %	(713)	(1004)	(708)	(987)

Der Interpretation seien einige einschränkende Bemerkungen vorweggeschickt:

Für die Kandidaten der Arbeiterparteien, die als Berufsbezeichnung "Arbeiter" oder "Facharbeiter" angaben, galt relativ häufig, das bestätigen nähere Untersuchungen einzelner Biographien, daß sie zwar einen Beruf als "Facharbeiter" erlernt haben oder auch jahrelang in einem "Arbeiterberuf" tätig gewesen waren, daß sie aber inzwischen einer anderen Tätigkeit nachgingen, daß z.B. viele von ihnen hauptamtlich in der Partei oder den Gewerkschaften oder als Amtsträger beschäftigt waren. Wenn sie trotzdem auf ihrem ursprünglichen Beruf als einzutragende Berufsangabe beharrten, so ist das sicherlich als ein Akt proletarischer Selbstdarstellung zu verstehen, der in erster Linie etwas über die Wertschätzung des "Arbeiters" bei dem betreffenden Kandidaten aber auch etwas über die Wertschätzung des Arbeiters im Vergleich zu anderen Berufen in der von dem Kandidaten repräsentierten Partei aussagt.

Am auffallendsten in Tabelle 2 ist der Unterschied zwischen dem Anteil der Arbeiter unter den KPD/SED-Kandidaten 1933 und 1946. Während 1933 noch mehr als drei Viertel der KPD-Kandidaten "Arbeiter" waren, sich als solche ansahen oder ausgaben, gab es 1946 unter den SED-Kandidaten vermutlich nicht mehr "Arbeiter" als unter den SPD-Kandidaten. Dieser eklatante Unterschied in der Sozialstruktur der SED 1946 verglichen mit der KPD 1933 läßt sich sicherlich nicht be-

friedigend aus der Tatsache erklären, daß viele SED-Kandidaten 1946 aus der SPD gekommen waren, überspitzt ausgedrückt, daß ein starkes nichtproletarisches Element aus der SPD zur SED gestoßen war. Selbst wenn man davon ausgeht, daß ein beträchtlicher Teil insbesondere der Angestellten unter den SED-Kandidaten ehemalige Sozialdemokraten waren, scheint uns der entscheidende Faktor, daß die SED verglichen mit der KPD bestimmte Wertmaßstäbe anders setzte, dies aufgrund der für sie völlig geänderten Machtverhältnisse auch tun konnte und damit auch in einem gewissen Grad ihren Charakter verändert hatte. Obwohl dafür die Sozialstruktur der Kandidaten bei einer Kommunalwahl nur ein begrenzter Hinweis sein kann, zeigt sich u.E. auch dort der erfolgreiche Versuch der KPD/SED, von einer proletarischen Partei der fundamentalen, revolutionären Opposition zu einer regierenden, in der Verwaltung Verantwortung tragenden Staatspartei zu werden. Nehmen wir zur Sozialstruktur der SED-Kandidaten noch die oben beschriebene Behandlung der Altkommunisten durch die SED hinzu, so haben wir Indizien dafür, daß der Bruch mit der Vergangenheit durchaus kein Zufall sondern Ausdruck einer systematisch betriebenen Politik war. (46) Viele alte Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung waren bei der KPD/SED 1945/46 zumindest unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung nicht mehr gefragt und wurden als Ballast über Bord geworfen, wobei die Veränderungen nicht erst durch Gründung der Einheitspartei, also durch das Hinzukommen von Sozialdemokraten bewirkt sondern seit dem Sommer 1945 von der KPD-Führung selbst betrieben wurde.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei den Kandidaten, die sich 1946 als "Arbeiter" bezeichneten. Das Zurückdrängen des proletarischen Elements in den beiden Arbeiterparteien - so begrenzt die Aussagekraft der Kandidaten-Sozialstruktur dafür auch sein mag - ist offensichtlich, bei der SPD zwar erheblich schwächer vorhanden als bei der SED aber dennoch auch dort, trotz erheblich niedrigerem Ausgangsniveau von 1933, eindeutig. Wenn wir uns allerdings die Listenplatzierung der "Arbeiter-Kandidaten", die Zahl der dann tatsächlich gewählten "Arbeiter" ansehen, zeigen sich Unterschiede. Von den Kandidaten, die sich 1946 schlicht als "Arbeiter" bezeichneten (Kategorie c in Tabelle 2), wurden von der SPD mehr als die Hälfte, von der SED nicht einmal ein Zehntel in die Parlamente gewählt. 1933 hatte ihr Anteil bei der KPD noch 21%, hingegen bei der SPD nur 11% ausgemacht. Während also bei der Sozialdemokratie das, wenn auch quantitativ nicht sehr starke, proletarische Element sich 1946 zumindest in der Darstellung nach außen halten und stabilisieren konnte, wurde es in der SED eindeutig zurückgedrängt.

Während vor 1933 ein klares Übergewicht der "Arbeiter-Kandidaten" über die mit "mittelständischen Berufsstellungen" für die KPD geradezu kennzeichnend war und in dieser Hinsicht den wesentlichen Unterschied zwischen KPD und SPD ausmachte, hatten sich hier SPD und SED 1946 angeglichen. Insbesondere die "Angestellten" bildeten mit einem Drittel (SPD: 41%; SED: 32%) das Gros der Kandidaten der beiden Arbeiterparteien. Damit sind Entwicklungen und Konflikte angedeutet, die an dieser Stelle nicht näher behandelt werden sollen (47), die in den ersten Nachkriegsjahren vor allem in den öffentlichen Verwaltungen Berlins ganz wesentlich zur Verschlechterung des Verhältnisses von Kommunisten und Sozialdemokraten beitrugen. Denn beide Parteien, KPD/SED wie SPD, legten einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer Politik auf die Durchdringung und Beherrschung des öf-

fentlichen Dienstes und konkurrierten dort um Posten und Einfluß. Obwohl aus den Amtsblattdaten nur in Ausnahmefällen eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zweifelsfrei feststellbar ist (z.B. bei der Berufsangabe: Polizeibeamter) können wir davon ausgehen, daß ein großer Teil der "Angestellten" (Kategorie f in Tabelle 2) unter den Kandidaten sowohl von der SPD als auch von der SED dort 1946 beschäftigt war, was für die SPD die Fortsetzung einer Entwicklung der Weimarer Zeit, für die SED - verglichen mit der KPD - aber der Versuch einer Umstellung und Neuorientierung angesichts veränderter Machtkonstellationen bedeutete.

Abschließend wollen wir noch einen Blick auf die Kategorie der "politischen Amtsträger, Partei- und Verbandsfunktionäre und -angestellten" werfen. Während diese 1933 bei den KPD-Kandidaten überhaupt nicht ins Gewicht fielen, spielten sie 1946 bei der SED eine wichtige Rolle. 28% der gewählten SED-Kandidaten konnten anhand ihrer Berufangaben als politische Funktionäre identifiziert werden, dagegen nur 12% der gewählten SPD-Kandidaten. Aber in beiden Parteien war die Chance der hauptamtlichen Funktionäre, dank sehr günstiger Listenplatzierung gewählt zu werden, überdurchschnittlich groß: während 44% aller SPD-Kandidaten 1946 gewählt wurden, galt dies für 78% der SPD-Kandidaten, die "Funktionäre" waren; 17% aller SED-Kandidaten wurden gewählt, demgegenüber aber 37% der "Funktionär-Kandidaten" der SED.

Für eine Partei, die sich gerade mit viel Schwierigkeiten und unter großen Konflikten konstituiert hatte, deren Mitglieder und Funktionäre in vielen Fällen erst seit einigen Monaten parteipolitisch aktiv waren - das galt für viele Mitglieder und Funktionäre der KPD nach dem Kriegsende - war ein Kaderapparat von ausgebildeten und ideologisch gefestigten Berufsfunktionären an exponierter Stelle ein wichtiger Orientierungsfaktor, noch dazu, wo die Konkurrenz zur SPD in der Zukunft hohe Anforderungen an alle Vertreter der SED erwarten ließ, wie umgekehrt auch für die Vertreter der SPD.

Obwohl es hier nicht möglich war, die Ergebnisse der Auswertung der Amtsblattdatei umfassend in den historischen Kontext einzuordnen, und obwohl nur eine kleine Auswahl der Analysemöglichkeiten präsentiert werden konnte, dürfte der Wert der Amtsblattdaten für die empirisch-quantifizierende Forschung, insbesondere auch für die Geschichtswissenschaft, deutlich geworden sein. Eingebettet in eine gediegene Analyse der historischen Entwicklung und/oder als Zeitreihenanalyse ist die Auswertung von Amtsblattdaten ein überaus fruchtbarer Weg zur Untersuchung nicht nur der Sozialstruktur politischer Parteien.

Für einen Historiker gehört wohl nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welchen Wert eine Datei hätte, die die Amtsblattdaten z.B. aller Kandidaten der "Arbeiterparteien" (SPD, USPD, KPD, SED u.a.) in Berlin von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik enthielte, und die dann sogar noch mit Auswertungen ähnlicher Dateien anderer Großstädte oder anderer Regionen verglichen werden könnte, so daß sich u.E. der Arbeits- und Kostenaufwand, der mit der Erstellung solcher Dateien verbunden ist, in jedem Fall lohnt.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe zur neueren Elitenforschung: Dietrich Herzog, Politische Führungsgruppen, Erträge der Forschung Bd. 169, Darmstadt 1982.
- 2 Vgl. Robert D. Putnam, The Comparative Study of Political Elites, Englewood Cliffs, New Jersey, 1976. Er weist für Großbritannien nach, daß der Transformationsprozeß der sozialen Struktur des House of Common dem Wandel in der Bedeutung bzw. des Aufkommens neuer sozialer Klassen nachfolgt. Mit der Abnahme des Anteils der Landwirtschaft am Nationaleinkommen sinkt der Anteil der Grundbesitzer im Parlament und umgekehrt steigt mit dem Anteil der Industrie am Nationaleinkommen der Anteil der Fabrik- und Minenbesitzer sowie der Massenarbeiter im House of Common zwischen 1740 und 1920, vgl. hierzu dort S. 173 ff.
- 3 Vgl. z.B. Henryk Skrzypczak, Führungsprobleme der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Herkunft und Mandat, Frankfurt/Köln 1976, S. 128-147.
- 4 Vgl. H.D. Laswell/O. Lerner/C.E. Rothwell, The Comparative Study of Elites, Stanford, California 1951; Zapf, W., Wandlungen der deutschen Elite, Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961, München 1965.
- 5 Mattei Dogan, Political Ascent in a Class-Society: French Deputies 1870-1958, in: Political Decision Makers, ed. by D. Marvick, Glencoe 1961, S. 57-90.
- 6 H. Eulau/J.C. Wahlke u.a., The Politics of Representation, Beverly Hills/London 1978.
- 7 Vgl. dazu u.a.: Alf Ammon, Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden, Berlin 1967; Floyd Hunter, Community Power Structure, New York 1953; Robert A. Dahl, Who governs? New Haven 1961.
- 8 Vgl. Helga Neumann, Machtstrukturen in der Bundesrepublik, unv. Diss., Kiel 1978, S. 2, Anm. 2 mit einer Bibliographie der bisherigen sich mit Deutschlands Führungsgruppen empirisch auseinandersetzenden Forschung.
- 9 Die Bezeichnungen der Amtlichen Veröffentlichungen sind unterschiedlich: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg; Bayerische Staatszeitung und Bayrischer Staatsanzeiger; Amtsblatt der Stadt Berlin; Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen; Amtlicher Anzeiger, Teil II des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes; Staatsanzeiger für das Land Hessen; Niedersächsisches Ministerialblatt; Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A; Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz; Amtsblatt des Saarlandes; Amtsblatt für Schleswig-Holstein.
- 10 Vgl. zu einigen guten Gründen für den Positionsansatz gegenüber anderen Approaches: W. Zapf, a.a.O., S. 31.
- 11 Hier liegen bereits Veröffentlichungen vor, z.B.: Wilhelm H. Schröder, Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen

- Reichstagskandidaten (1898-1912), in: H. Best/R. Mann (Hg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung, Stuttgart 1977; Heino Kaack, Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages - ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Juli 1981.
- 12 Vgl. Wilhelm H. Schröder, Informations- und Dokumentationsprobleme auf dem Gebiete der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 6, Frankfurt a.M. 1979, S. 548-560.
- 13 Siehe hierzu unten S.
- 14 Vgl. Putnam, a.a.O., S. 181.
- 15 Vgl. Lester Seligman, Recruiting Political Elites, New York 1971; vgl. zu den in Deutschland wenig diskutierten Konzepten politischer Repräsentation: Hanna Pitkin, The Concept of Representation, Berkeley 1972.
- 16 Vgl. Dogan, a.a.O., der für das Frankreich der III. und IV. Republik (1870-1940 u. 1945-1958) eine signifikante Beziehung zwischen Dauer der Mandatsinhabere und Wichtigkeit der politischen Rolle nachweist.
- 17 Vgl. als kurze Darstellung der Ansätze: William A. Welsh, Leaders and Elites, New York 1979, insb. Kap. 2.
- 18 Diese Arbeit ist eine 1976 entstandene Dissertation am ZI 6 der FU Berlin, die sich auf die insgesamt 420 Minister und Regierungschefs der Zeit von 1946-1973 in allen Ländern, mit Ausnahme des Saarlandes und Berlins bezieht: Rolf-Peter Lange, Strukturwandlungen der westdeutschen Landesregierungen 1946-1973. Das politische Führungspersonal der Bundesländer: Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft, Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder der westdeutschen Landesregierungen; Diss. FU Berlin 1976, 2 Bde. Vgl. zu den von Lange benutzten Quellen Bd. 1, S. 90 f.
- 19 Ergebnisse aus Analysen dieser Datei liegen vor: M. Faisst/H. Hurwitz/K. Sühl, Die Berliner Sozialdemokratie und die Personalpolitik der Besatzungsmächte 1945/46, in: IWK, 16 Jg. 1980, H. 3, S. 313-346; vgl. zu den dort verwendeten Daten S. 314, Anm. 5.
- 20 Die Konfessionszugehörigkeiten liegen leider in einzelnen Fällen nicht vor. In aller Regel sind die Informationen in den Handbüchern auch eher als Selbstdarstellungen zu verstehen. Ein durch Verordnung abgesicherter Verhaltenskodex, was Abgeordnete anzugeben haben, gibt es z.B. in Berlin erst seit Anfang der siebziger Jahre. Danach sind die Abgeordneten gehalten, Angaben zu gegenwärtig ausgeübten Berufen a) unselbständiger Tätigkeit, b) selbständiger Tätigkeit als Gewerbetreibende, c) freien und sonstigen selbständigen Berufen sowie zu früher ausgeübten Berufen, zu vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten als Vorstandsmitglieder und ähnliches von Gesellschaften und Genossenschaften

sowie zu vergüteten und ehrenamtlichen Funktionen in Berufs- und Interessenverbänden zu leisten. Konfessionszugehörigkeit fällt aus diesem Katalog als 'Privatsache' heraus.

Zwischen den Handbüchern des Berliner Abgeordnetenhauses von vor 1970 und denen nach 1970 zeigen sich keine wesentlichen Veränderungen im Charakter der Angaben.

- 21 Vgl. R.-P. Lange, a.a.O., S. 93.
- 22 Auch mit Hilfe der Amtsblattdaten lassen sich Positionssequenzen konstruieren, wenn eine Person mehr als einmal kandidiert hat. Einerseits ist dies möglich mit Hilfe der Berufsangabe, zum anderen mit der Stellung auf der Liste. Sie können allerdings nur auf Prozesse bezogen werden, die während der Zeiten der Kandidatur erfolgten und sind insofern natürlich eine sehr eingeschränkte Möglichkeit.
- 23 Funktionalen, symbolischen oder den Charakter des eigenen Selbstverständnisses tragen nach unseren Erfahrungen z.B. die Angaben "Arbeiter" oder "Facharbeiter", siehe hierzu S. . . .
Zu den interpretatorischen Schwierigkeiten mit den Berufsangaben vgl. Schröder, a.a.O., insb. S. 93 f.
- 24 Die derzeitige Elitenforschung behauptet dazu im Gegensatz die größere Relevanz der Karrieren als solche. Vgl. dazu z.B. Welsh, a.a.O., S. 50 und die dort angegebene Literatur.
- 25 Vgl. Urs Jaeggi, Die gesellschaftlichen Eliten. Eine Studie zum Problem der sozialen Macht, Bern/Stuttgart 1967, S. 151.
- 26 Dieser Zusammenhang wurde in den Analysen biographischer Daten von Funktionären für die Zeit des Nationalsozialismus und der Jahre 1945/46 in den Forschungen des "Berlin-Projekts" deutlich; vgl. Paisst/Hurwitz/Sühl, a.a.O.
- 27 Vgl. Wolfgang Schluchter, Der Elitebegriff als soziologische Kategorie, in: KZfSS, 15. Jg. 1963, H. 2, hier S. 240.
- 28 a.a.O., S. 248.
- 29 Ein soziales Netzwerk ist eine Auswahl von Knoten (z.B. Personen) verbunden durch eine Auswahl sozialer Beziehungen eines spezifizierten Typs. Knoten können hierbei Aggregate von Personen sein oder Firmen usw. (Reduzierung der Knoten), soziale Beziehungen müssen hierbei nicht als konkrete Beziehungen vorliegen, sondern können auch stochastische sein. Diese Definition sozialer Netzwerke geben E.O. Laumann/F.U. Pappi, Networks of Collective Action, A. Perspective on Community Influence Systems, New York 1976, S. 18 f. Diese Arbeit gehört zu den umfangreichsten und lehrreichsten im Bereich der Netzwerkanalyse. Sie untersucht eine große Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Pseudonym "Altneustadt".
Für eine kurze Skizzierung des Ansatzes der Netzwerkanalyse vgl. H.D. Kaehler, Das Konzept des sozialen Netzwerks, in: ZfS, 4. Jg. 1975, S. 283-290; zur Methodik: H.J. Hummell, Mehrebenenanalyse, Stuttgart 1972, Kapitel 2.

- 30 Vgl. zum Konzept des "Sozialen Kreises": Charles Kadushin, Power, Influence and Social Circles, in: ASR, Vol. 33, 1968, S. 685-699.
- 31 Das "Netzwerk" des Berliner Abgeordnetenhauses wird von Bernhard Weißels im Rahmen des Projektes "Krisenfaktoren im sozio-politischen System West-Berlins" am ZI 6 der FU Berlin unter der Leitung von D. Herzog und H.-D. Klingemann für die 8. und 9. Wahlperiode (1979-1981; 1981-1985) untersucht und die Verlängerung der Reihe in die Vergangenheit ist geplant.
- 32 Vgl. John Highley/Gwen Moore, Elite Integration in the United States and Australia, in: APSR 75, 1981, S. 581-597.
- 33 Vgl. Laumann/Pappi, a.a.O., S. 5 ff.
- 34 Vgl. Kadushin, a.a.O. und Hans-Jörg Siewert, Lokale Elitesysteme, Hain 1979, S. 47 ff. u. S. 159 ff.
- 35 Hierbei kann z.B. der Medienbereich als einer der Linkage top-down vermutet werden, vgl. W.R. Langenbacher/M. Lipp, Kontrollieren die Parteien die politische Kommunikation? in: J. Raschke (Hg.), Bürger und Parteien, Bonn 1982, S. 217-234; verschiedene Berufs- und Standesorganisationen z.B. für den Vermittlungsprozeß bottom up, vgl. Weber, a.a.O., Kapitel 9.
- 36 Vgl. Siewert, a.a.O., S. 84.
- 37 Vgl. hierzu z.B. Jürgen Kocka, Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: H. Best/R. Mann (Hg.), a.a.O., S. 4-10.
- 38 Karl Rohe, Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: Historische Zeitschrift, 2/1982.
- 39 a.a.O., S. 337.
- 40 Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte "Berlin-Projekt" am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der Freien Universität Berlin steht unter der Leitung von Prof. Dr. Harold Hurwitz und befaßt sich mit der Entwicklung von Einstellungen und kollektivem Verhalten in zeitgeschichtlichem Kontext am Beispiel Berlins.
- 41 Bei dieser Illustration der Bedeutung und der Möglichkeiten der Auswertung von Amtsblattdaten müssen wir uns im folgenden auf thesenhafte Hinweise zum historischen Hintergrund beschränken. Hingewiesen sei auf die für das Jahr 1983 vorgesehene vierbändige Veröffentlichung des "Berlin-Projekts", in der die hier beschriebene Studie, ergänzt durch weitere, präsentiert wird.
- 42 Im "Berlin-Projekt" sind verschiedene Dateien mit Amtsblatt-Daten entstanden, deren analytischer Wert sich schon anhand weniger konkreter Fragestellungen gezeigt hat. Neben der hier dokumentierten Datei existiert noch eine Datei aus den Kandidatenlisten und aus den Listen der Gewählten der SPD für die Kommunalwahlen 1958, 1963 und 1967 für die Bezirke Reinickendorf, Span-

- dau und Neukölln. Der Ausbau dieser Dateien ist geplant und hat zum Teil schon begonnen.
- 43 Insbesondere zu den Fragen der Bedeutung der "alten" Sozialdemokraten für die Wiedergründung oder Neugründung der SPD 1945 und der Rolle der Altkommunisten in der KPD/SED sind Auswertungen der Mitgliederkarteeien natürlich unvergleichbar ergiebiger und aussagekräftigere Quellen, da sich für die Kandidaten von 1946 aus den Amtsblattdaten nicht entnehmen läßt, ob sie und in welcher Beziehung sie zur Arbeiterbewegung vor 1933 standen (Partei-, Gewerkschafts-, Vereinsmitgliedschaft). Da solche Mitgliederkarteeien für die KPD der westlichen Forschung in der Regel nicht zugänglich sind, bieten die Amtsblattdaten hier zumindest unter einigen Aspekten wichtige Hinweise. Zur Forschung über die SPD siehe insbes.: Faisst/Hurwitz/Sühl, a.a.O., insbes. S. 323-327; Helga Grebing, Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/46, in: Herkunft und Mandat, a.a.O., S. 171-194; Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 145/46, Hannover 1964, insbes. S. 299-329 und Hans See, Strukturwandel und Ideologieprobleme der SPD - eine empirische Studie, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.), Auf dem Weg zum Einparteien-Staat, Opladen 1977, S. 75-121.
- 44 Dies galt nicht nur für viele Funktionäre sondern vor allem auch für Sozialdemokraten, die im Sowjetsektor von Berlin lebten und/oder dort arbeiteten, sowie für solche, in bestimmten Betrieben und öffentlichen Verwaltungen. Hier gilt es vor allem die spezifische Viermächtebesatzungssituation Berlins zu berücksichtigen, mit einer Dominanz der Sowjets, der die Westmächte nur ganz vorsichtig und allmählich im Laufe des Jahres 1946 entgegentraten.
- 45 Als "theoretisch wählbar" bezeichnen wir alle Kandidaten, deren Listenplätze die doppelte Anzahl der gewählten Kandidaten einer Liste nicht übersteigt. "Aussichtslos plazierte" sind danach alle Kandidaten, deren Listenplatz die doppelte Anzahl der gewählten Kandidaten einer Liste übersteigt.
Beispiel: Bei einer Listenlänge von 40 Plätzen und einer Anzahl von 10 gewählten Kandidaten würden die Kandidaten auf den Plätzen 11-20 als "theoretisch wählbar" und die Kandidaten auf den Plätzen 21-40 als "aussichtslos plazierte" eingestuft werden.
- 46 Gerade die Veränderung der Sozialstruktur der SED verglichen mit der KPD vor 1933, die nicht ursächlich auf die Vereinigung von SPD und KPD zur SED im Frühjahr 1946 zurückgeht, zeigt u.E. mit großer Deutlichkeit die Bedeutung einer möglichst umfassenden Berücksichtigung des historischen Kontextes, ohne den eine adäquate Interpretation der Daten nicht möglich wäre.
- 47 Vgl. hierzu Faisst/Hurwitz/Sühl, a.a.O., insbes. S. 317 ff.